

Protokoll Nr.32 (2023-2027)

der öffentlichen Hybrid-Sitzung (Zoom) des Beirats Schwachhausen am 27.08.2026 im Focke Museum

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:33 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|---|
| a) vom Beirat | Waltraut Bergmann (online)
Jan Brockmann
Lukas Dietzel
Yvonne Funke
Jan Hannemann
Antje Hoffmann-Land
Malte Lier
Ingeborg Mehser | Dr. Christine Börner (online)
Dr. Dagmar Burgdorf
Jörg Findeisen
York Golinski
Jörg Henschen
Klaus-Peter Land (ab 19:40 Uhr)
Jörn H. Linnertz
Tim Ruland |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Ralf Möller | |
| c) Gast | Zu TOP 2: Dr. Eva Högl, Senatorin für Inneres und Sport (SIS)
Zu TOP 3: Christian Modder (Ordnungsamt) | |

Die Sitzung wird für die Presse aufgezeichnet.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Das Protokoll Nr. 31 der Beiratssitzung am 25.06.2026 wird genehmigt.

Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt:

Tagesordnung

1. Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. Im Gespräch mit der Innensenatorin
3. Neuordnung der Verkehrsführung in der Busestraße (SPD-Antrag)
4. Stadtteilbudget – Baumschutzpoller Carl-Schurz-Straße
5. Verschiedenes

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen der Ortsamtsleitung

- Am 6. September 2026 finde das alljährliche Fockes Fest statt.
- Am 11. September 2026 finde das 25-jährige Jubiläum des Friedenstunnels statt, an dem gerne teilgenommen werden könne.
- Das Jugendforum Schwachhausen befinde sich derzeit in der Gründung.
- Globalmittelvergabe – Die Beschlussfassung im Rahmen der zweiten Vergaberunde 2026 finde in der nächsten Beiratssitzung statt. Das Budget sei dieses Mal überzeichnet.

TOP 2: Im Gespräch mit der Innensenatorin

Ralf Möller teilt einleitend mit, dass sich die Senatorin zunächst vorstellen werde, um anschließend gemeinsam ins Gespräch kommen zu können.

Senatorin Dr. Högl bedankt sich für die Einladung. Sie freue sich sehr über das offene Gespräch mit dem Beirat, um den Stadtteil näher kennen zu lernen und gemeinsam in den Austausch zu kommen. Im Folgenden stellt Frau Dr. Högl die Schwerpunktthemen der Innenbehörde vor:

- Sie habe ihren Posten jetzt über ein halbes Jahr inne.
 - Derzeit besuche sie alle Beiräte, um ein Bewusstsein darüber zu erlangen, welche Themen im Stadtteil von besonderer Bedeutung seien und welche Probleme bestünden.
 - Ihr Anspruch an die Aufgabenwahrnehmung sei es, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen sicher seien und sich sicher fühlten. Dazu gehöre die Kriminalitätsbekämpfung – überall, zu jeder Zeit und für jeden.
 - Auf den Straßen sei eine zunehmende Aggressivität und sinkende Toleranz festzustellen. Eine von vielen gezielten Maßnahmen sei die Ausweitung der Waffenverbotszonen.
 - Die Gewährleistung der Sicherheit sei eine Daueraufgabe. Es habe einige Besserungen gegeben, das verdeutliche auch die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS). Demnach seien die Straftaten im Stadtteil leicht zurückgegangen.¹ Je nach Bereich gebe es jedoch starke Differenzen sowie jährliche Veränderungen, sodass die Statistiken genauer betrachtet werden müssten. Vor allem am Hauptbahnhof seien deutliche Verbesserungen zu verzeichnen. Gemäß der aktuellen [Sicherheitsbefragung 2025](#) fühlten sich die Bremer*innen weitestgehend sicher.
 - Aktuell sei der Tag der Deutschen Einheit Thema. Sie freue sich, dass das Fest diesjährig in Bremen stattfinde und Freiheit und Frieden gefeiert werde. Besonders wichtig sei die Gewährleistung eines sicheren Festes. Daher werde im Vorfeld alles genau überprüft, durchgespielt und sich bestens vorbereitet, um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten.
 - Des Weiteren beschäftige die Innenbehörde die vielen Bedrohungen, zum einen durch Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus. Alle Extrembereiche müssten im Blick behalten werden. Zum anderen gelte es, sich gegen Cyber-Angriffe, Spionage und Anschläge auf kritische Infrastrukturen zu wappnen. Drohnenüberflüge und Spionageakte müssten besonders im Blick behalten werden. Am 13.01. des Jahres habe der Bremer Senat das neue [Programm „Bremen resilient“](#) zur zivilen Verteidigung und besseren Vorsorge der Bevölkerung beschlossen, welches bis Ende 2028 laufen werde. Die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und sich gegen zivile Katastrophen zu wappnen, sei ein weiteres sehr ernst zu nehmenden Thema.
 - Ein massives Problem seien die Drogenszenen im öffentlichen Raum, mit den damit einhergehenden unangenehmen Begleiterscheinungen. Sie habe sich die Hot Spots, wie den Nelson-Mandela-Park, angeschaut und sei dort mit Anwohnenden ins Gespräch gekommen. Wichtig sei es, dass die Polizei und der Ordnungsdienst vor Ort präsent seien – es bestehe diesbezüglich ein Austausch. Zudem werde die Thematik gemeinsam in der Bremischen Bürgerschaft und mit dem Senat besprochen und ressortübergreifend – mit der Gesundheitssenatorin, der Sozialsenatorin sowie der Umweltsenatorin – an Lösungen gearbeitet.
- Sie nehme die Anwohnenden sehr ernst. Die bestehenden Probleme seien nicht einfach zu lösen; gerne könnten heute gemeinsam Überlegungen für mögliche Verbesserungen angestellt werden.
- Ein weiterer wichtiger Faktor sei es, die Ämter wieder „flott zu machen“:
 - Das Bürgeramt habe sich durch neue Strukturen und Räumlichkeiten deutlich verbessert. Nun könnten im Alten Postamt sehr zügig und tagesaktuell Termine für die Verlängerung von Ausweisdokumenten und für Ummeldungen vergeben werden. Mittlerweile übersteige das dortige Angebot die Nachfrage.
 - Bei dem Migrationsamt müssten noch Verbesserungen erfolgen.
 - Das Ordnungsamt werde derzeit optimiert.

¹ Vorgestellt wurde die PKS Schwachhausen in der Beiratssitzung am 25.06.2026, siehe [Protokoll Nr. 31](#).

- Sie freue sich, dass auch „Sport“ in der Innenbehörde verortet sei. Für die Sanierung und Instandsetzung von Sporthallen und Sportanlagen habe Bremen vom Bund 51 Millionen Euro erhalten. Wichtig seien ihr unter anderem die Schaffung eines guten und breiten Sportangebots, Schwimmangebote sowie ein gut aufgestellter Leistungssport.

Auf Fragen und Anmerkungen aus dem Beirat antwortet Senatorin Dr. Högl wie folgt:

- Bei der Betrachtung von Statistiken sei ein differenzierter Blick erforderlich. Bei einem Rückgang von Straftaten müsse geschaut werden, ob dieser auf eine Abarbeitung von Bearbeitungsrückständen zurückzuführen sei. Der Rückgang von Fahrraddiebstählen könne zum Beispiel mit der erhöhten Nutzung von Leihrädern oder dem Bau von Fahrrad-Parkhäusern einhergehen. Bremen liege im Städtevergleich bei der höchsten Anzahl an Straftaten auf Rang 3. Ziel sei es, Straftaten zu reduzieren und keine Angsträume zu haben, um auch das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen.
- Frau Dr. Högl bestätigt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl nicht immer mit der tatsächlichen Entwicklung korreliere. Es bestünden viele Verunsicherungen, vor allem bei älteren Frauen. Es sei wichtig, Sicherheit zu vermitteln: ins Gespräch zu kommen, Nachbarschaftshilfe zu leisten (da auch Einsamkeit und Handlungsunsicherheit mit einem Unsicherheitsgefühl zusammenhängen) und Aufklärungsarbeit zu betreiben – zum Beispiel werde von der Polizei im Bereich der Straftaten gegen ältere Menschen Präventionsarbeit geleistet.
Laut aktueller, repräsentativer Studie fühlten sich 93 Prozent der Bremer*innen sicher. Dennoch gebe es Personen, die sich unsicher fühlten. Es handele sich um einen gemeinsamen Auftrag, der eine aufmerksame Nachbarschaft und Zivilcourage sowie auch Überlegungen von Seiten der Stadt fordere, um den öffentlichen Raum für alle überall begehbar machen, zum Beispiel durch eine ausreichend gute Beleuchtung. Diesbezüglich stehe das Innen-Ressort mit der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung in Kontakt. Auch andere städtebauliche Faktoren, wie Grün-Rückschnitte und die Herstellung von Wegen, insbesondere in Parks, seien für das subjektive Sicherheitsempfinden von Bedeutung.
- Es bestehe keine Warnung und kein Anlass dafür, Wertgegenstände (zum Beispiel Schmuck) in bestimmten Bereichen, wie der Innenstadt, nicht zu tragen.
- Dr. Knud Dietrich (Polizei Bremen) berichtet, dass es gute Erfolge gegeben Täter*innen zu überführen. Die Soko „Junge Räuber“ habe unter anderem positiv dazu beigetragen. Frau Dr. Högl ergänzt auf Nachfrage, dass diese Soko fortgeführt werde, da es sich mit einer Aufklärungsquote von 67 Prozent bei Straßenraub um eine gute Erfolgsquote handle und der Rückgang von Straßenraub-Fällen auch auf die Soko zurückgeführt werden könne.
- Um Menschen frühzeitig von Drogen wegzubekommen, gebe es Präventionsmaßnahmen in Schulen, in Familien etc. Häufig handle es sich bei drogenabhängigen Personen, die sich in öffentlichen Parks aufhielten, um Menschen ohne Perspektive, denen Ausstiegshilfen angeboten und Perspektiven aufgezeigt werden müssten.
- Der Drogenhandel sei verboten und werde kontrolliert und geahndet. Daneben gebe es Präventionsmaßnahmen, Hilfsangebote, Konsumräume etc.
- Die Gesellschaft sei ohne Ehrenamtliche nicht denkbar. Dies müsse jeden Tag deutlich gemacht und noch mehr belohnt werden, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Übungsleiterpauschale oder durch die Anrechnung von Rentenpunkten bei der Ehrenamtsausführung. Um Ehrenamtliche im Sportbereich zu binden und zu akquirieren, müssten zudem die Rahmenbedingungen insgesamt verbessert werden, wie beispielsweise die Verschönerung von Sporthallen.
- Für das Thema Schulsport und Sporthallen an Schulen sei die Bildungssenatorin zuständig.
- Das Thema „Sauberkeit“/ „Müll“ beschäftige alle Stadtteile und werde gemeinsam mit der zuständigen Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW) angegangen. Es gebe die Übereinkunft zwischen der SUKW, SIS und dem Bürgermeister Bovenschulte, dass illegal abgelagerter Müll schnellstmöglich beseitigt und die Zuständigkeiten ggfs. im

Nachhinein geklärt werden sollten. Bußgelder für illegale Müllablagerungen würden ggfs. erhöht – ein entsprechender Antrag der Koalition an die Stadtbürgerschaft sei in Arbeit. Zudem setze sie sich für die Einrichtung einer Videoüberwachung an den „Müll-Hot-Spots“ ein.

- Zur Frage nach dem Rückgang des Anteils an Abschiebungen in Bremen erläutert Senatorin Dr. Högl, dass es sich um ein komplexes Themenfeld handle. Wenn Personen kein Bleiberecht hätten, müssten sie zurückgeführt werden. Allerdings würden Personen ohne Papiere oftmals nicht von ihren Herkunftsländern wiederaufgenommen. Manchmal seien Personen nicht auffindbar oder es gebe keine zeitnah verfügbaren Flüge. Einige Personen erhielten Bleiberecht – wenn nicht, werde sich um die Rückführung gekümmert. Insbesondere bei Straftäter*innen werde eine umgehende Rückführung angestrebt.
- Von Seiten der Polizei wird auf Nachfrage hin erläutert, dass die Kontaktpolizist*innen (KOPs) in der Regel im Stadtteil präsent seien. Die Baustelle in der Scharnhorststraße „wandere weiter“. Auf dem schmalen Gehweg müssten Fahrräder geschoben werden. Es habe vor Ort eine hohe Polizeipräsenz und Kontrollen gegeben. Dabei seien morgens täglich etwa 50 bis 100 Radfahrer*innen verwarnt worden. Die Beschwerdelage habe sich nun beruhigt.
- Anfeindungen gegenüber politischen Parteien und politisch motivierte Straftaten seien ein sehr ernst zunehmendes Thema, dem nachgegangen werde. Die Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft sei gesunken – es fehle ein demokratisches Miteinander.
- Zu dem Thema „Extremismus“ und aktuelle Daten dazu verweist sie auf den [Verfassungsschutzbericht 2025](#).
- Auf Anmerkungen einer Bürgerin weist Senatorin Dr. Högl darauf hin, auch vermeintlich kleine Straftaten immer an die Polizei zu melden und Straftaten zur Anzeige zu bringen.

TOP 3: Neuordnung der Verkehrsführung in der Busestraße (SPD-Antrag)

Ralf Möller berichtet, dass das Ordnungsamt im Juli dieses Jahres das aufgesetzte Parken in der Busestraße geahndet habe, woraufhin es vermehrt zu Beschwerden und Anfragen aus der Anwohnerschaft gekommen sei. Die SPD-Fraktion habe hierzu einen Antrag zur Aufhebung der Radwege und Anordnung des aufgesetzten Parkens vorgelegt.

Jörg Henschen stellt den Antrag vor:² Die nicht benutzungspflichtigen Radwege in der Busestraße sollten aufgehoben und das halb aufgesetzte Parken auf den bisherigen Radwegen durch Anordnung des Verkehrszeichens 315 (Parken auf Gehwegen) zugelassen werden, um mehr legale Kfz-Stellplätze zu schaffen. An anderen Örtlichkeiten im Stadtteil gebe es bereits entsprechende Anordnungen.

Christian Modder führt aus, dass grundsätzlich nicht auf Radwegen geparkt werden dürfe. Aufgrund einer Beschwerdelage habe die Verkehrsüberwachung dort Kontrollen vorgenommen. Die Neuordnung des Parkens sei derzeit – aufgrund des [Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zum Gehwegparken](#) – bei der Verkehrsbehörde in Arbeit. Er hoffe auf eine schnellstmögliche Lösung.

Herr Linnertz erinnert daran, dass die CDU-Fraktion bereits 2020 für eine entsprechende Umsetzung mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget gestimmt habe, die anderen Fraktionen sich aber dagegen ausgesprochen hätten.³ Er stimme dem Antrag daher zu.

Tim Ruland sieht den Antrag skeptisch, da es in der Busestraße Garagen gebe und der Radweg – je nach Gehwegbreite – stattdessen auch für den Fußverkehr freigegeben werden könnte.

Herr Land betont, dass es sich um einen baulich klar erkennbaren Radweg handle, der vermutlich auch von Schulkindern genutzt werde. Er spreche sich gegen eine Insellösung ohne vorherige Planung aus. Als Priorität habe der Beirat zunächst die Ordnung des Parkens rund um das St. Joseph Stift festgelegt; daher sollten nicht anderweitig Ressourcen gebunden werden.

² Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

³ Siehe [Protokoll Nr. 11](#) der Beiratssitzung am 29.10.2020.

Jan Brockmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte. Herr Möller lässt hierüber abstimmen: Es stimmen sechs Personen dafür und acht dagegen – die Redeliste wird somit fortgeführt.

Jörg Findeisen und Jörn Linnertz bitten das Ordnungsamt darum, bis zur endgültigen Klärung, wie künftig in der Busestraße die Parkordnung aussehen solle, dort von weiteren Kontrollen abzusehen.

Jörg Henschen betont abschließend, dass auch er ein Gesamtkonzept bevorzuge, allerdings in diesem Fall ohne großen Aufwand eine einfache und schnelle Lösung herbeigeführt werden könne. Bis die Verkehrsbehörde in diesem Quartier eine Neuordnung des Parkens umsetzt, werde es vermutlich viele Jahre dauern.

Ralf Möller lässt über den Antrag abstimmen: Dieser wird mit zehn Befürwortungen (CDU, SPD, FDP) und sechs Gegenstimmen (Linke, Grüne) mehrheitlich befürwortet.

TOP 4: Stadtteilbudget – Baumschutzpoller Carl-Schurz-Straße

Ralf Möller erinnert an den vom Beirat am 22.05.2024 gefassten Beschluss, zum Schutz der Bäume in der Carl-Schurz-Straße zwischen Schwachhauser Heerstraße und Georg-Gröning-Straße die Grünstreifen durch Poller von den Parkplatzflächen abzugrenzen.⁴ Der Beirat hatte das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) per Beschluss um eine Kostenkalkulation zur Maßnahmenumsetzung im Rahmen seines Stadtteilbudgets gebeten. Am 01.10.2024 hatte der Umweltbetrieb Bremen (UBB) folgende Kostenschätzung vorgelegt, die sich auf eine Straßenseite beziehe:

*25 Poller á 103,16€ = 2.579,03€ zzgl. Baustelleneinrichtung und Verkehrsabsperrung;
Gesamtkosten ca. 3.000€.*

Herr Möller berichtet, dass vor einer Beschlussfassung über die Maßnahmenumsetzung und Finanzierung zunächst die Fertigstellung der Fernwärmeverdichtungsmaßnahme in diesem Bereich abgewartet werden sollte. Laut Auskunft der [swb-Homepage](#) sollte diese Maßnahme in Kürze abgeschlossen sei.

Auf Anregung von Ralf Möller wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:⁵

„Der Beirat Schwachhausen beschließt einstimmig die Finanzierung dieser Maßnahme von bis zu 3.000 € aus seinem Stadtteilbudget. Das ASV wird gebeten, den UBB mit den Arbeiten zu beauftragen. Sollte die bewilligte Summe nicht ausreichen, wird die SUKW um eine entsprechende Kofinanzierung gebeten.

Der Beirat bittet in diesem Zusammenhang darum, dass die Maßnahme primär aus dem Programm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ finanziert und umgesetzt wird.“

TOP 5: Verschiedenes

Ralf Möller kündigt zum Abschluss folgende Termine an:

- Mittwoch, 10.09.2026, 18:00 Uhr: Koordinierungsausschusssitzung;
- Donnerstag, 24.09.2026, 19:30 Uhr: nächste Beiratssitzung.

Stellv. Sprecher	Vorsitzender	Protokoll
Jörn H. Linnertz	Ralf Möller	Sarai Auras

⁴ Siehe [Protokoll Nr. 6](#) des Fachausschusses „Verkehr und Sicherheit im Stadtteil“.

⁵ Frau Dr. Börner war bei der Abstimmung nicht anwesend.